

FDP.Die Liberalen Aargau, Laurenzenvorstadt 79, Postfach, 5001 Aarau

per E-Mail an:
gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Aarau, 2. April 2025

Vernehmlassungsantwort Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»; Änderung des Kernenergiegesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Röstli

Der Kanton Aargau ist als Standort von drei Kernkraftreaktoren und verschiedenen Forschungsinstituten wie dem Paul-Scherrer-Institut in Villigen in erheblichem Masse interessiert daran, dass die Kernenergie in der Schweiz wieder legalisiert und die Kernenergieforschung wiederbelebt wird. Ebenso ist die produzierende Industrie im Kanton Aargau nach wie vor stark vertreten und darauf angewiesen, dass die Stromversorgung auch in Zukunft unterbruchfrei funktioniert und preiswert angeboten werden kann. Die FDP.Die Liberalen Kanton Aargau nimmt deshalb gerne an der obenerwähnten Anhörung teil, obwohl sie als Kantonalpartei nicht explizit eingeladen wurde.

Die Schweiz läuft sehenden Auges in einen Stromengpass. Die im Jahr 2017 verabschiedete Energiestrategie 2050 mit der Einführung des Neubauverbotes von Kernkraftwerken ging von Annahmen aus, welche sich schlichtweg als falsch erwiesen haben: Sinkender Strombedarf bis 2050 und massiver Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem wurden die angestrebten Klimaziele nicht mitberücksichtigt. Mittlerweile ist anerkannt, dass der Strombedarf aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums und der Dekarbonisierung deutlich stärker als dazumal angenommen ansteigen wird. Der Ausbau erneuerbarer Energie erfolgt insbesondere durch die Photovoltaik. Das angenommene Wachstum der Stromproduktion aus Kehrriktverbrennungsanlagen und erneuerbarer Abfälle, aus Feuerungen mit Holz und Holzanteilen, aus Biogas und Windenergie ist unrealistisch. Ohne Grosskraftwerke wird die Schweiz im Winterhalbjahr von Importen aus dem Ausland abhängig bleiben. Die FDP Aargau teilt daher die vom Bundesrat aufgezeigte Ausgangslage. Diese hat sich seit 2017 drastisch verändert. Auf Veränderungen und aufgrund von sich als falsch erweisenden Annahmen hat eine Anpassung der Energiestrategie zu erfolgen.

Bereits im Januar 2022 und somit vor Ausbruch des Ukrainekrieges mit den darauffolgenden Verwerfungen der Energiemärkte forderte die FDP Aargau explizit die Aufhebung gesetzlicher Technologieverbote auf nationaler und kantonaler Ebene. Namentlich sollte insbesondere das Neubauverbot für Kernkraftwerke sowie das Verbot über die Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen fallen.

Die Aufhebung des Neubauverbotes für Kernkraftwerke mag angesichts der Planungsdauer neuer Anlagen zwar erst mittelfristig zusätzliche Stromkapazitäten liefern, doch wäre ein entsprechender Parlamentsentscheid in mehrfacher Hinsicht sinnvoll:

Erstens würde der Strombranche eine weitere Handlungsoption offenstehen. Gerade mit Blick auf die weitere Nutzung der bisherigen KKW-Standorte, die bestens an das Stromnetz angeschlossen

sind, kann das von grossem Interesse sein. Gemäss Schätzungen könnte ein Ersatzneubau wesentlich günstiger und rascher realisiert werden als ein Neubau auf der grünen Wiese. Dafür braucht es jedoch zeitnah eine Planungssicherheit, damit die Weichen frühzeitig gestellt werden können.

Zweitens wäre die Aufhebung des Neubauverbots ein wichtiges Signal an die produzierende und verarbeitende Industrie im Hinblick auf künftige Investitionen am Standort Schweiz. Insbesondere energieintensive Betriebe sind auf eine gesicherte und bezahlbare Stromversorgung angewiesen. Zusätzliche Kraftwerke, die unabhängig von Wetter oder Politik ganzjährig zuverlässig Strom liefern, sind hierzu dringend notwendig.

Drittens ist das Gesamtsystem zur Netzstabilisierung zwingend auf Grundlast-Grosskraftwerke angewiesen. Die Schweiz bekennt sich zum CO₂-Netto-Nullziel bis zum Jahr 2050. Ohne Stromgewinnung aus Kernenergie ist dieses Ziel unmöglich zu erreichen, denn als einzige valable Alternative müssten Gaskraftwerke in der Schweiz gebaut werden.

Und schliesslich viertens steigert der indirekte Gegenvorschlag die Attraktivität einer Ausbildung im Kernenergiebereich wieder. Seit der Annahme des Neubauverbots 2017 fehlt es im Bereich Kernphysik an Nachwuchs. Dabei ist der Fachkräftebedarf nicht nur im Hinblick auf mögliche Neubauprojekte gross. Auch für den geplanten Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke sowie deren Rückbau braucht es gut ausgebildete und erfahrene Fachkräfte.

Aus all diesen Gründen begrüsst die FDP Aargau deshalb den indirekten Gegenvorschlag ausdrücklich und unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen des Kernenergiegesetzes (KEG). Für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen im Namen der FDP Aargau herzlich.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Aargau

Sabina Freiermuth
Präsidentin

Adrian Meier
Ressortleiter Energie